

Stadtrat

Protokoll

SR-Nr: 5. Stadtratssitzung
Datum SR-Sitzung: 16. September 2024
Beginn: 19:00 Uhr
Schluss: 20:10 Uhr
Ort: Gemeindesaal (2. Stock), Kirchbühl 23, Burgdorf

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 36 und 37 vom 5. und 12. September 2024 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

Teilnehmende:

Stadtratspräsidentin	Anette Vogt
Stimmzähler	Urs Wüthrich, Walter Bangerter
Mitglieder des Stadtrates	Roger Aebi, Peter Hauser, Franziska Maurer Roschi, Ian Thompson, Ulrich von Känel, Manfred Schaffer, Esther Liechti-Lanz, Fabian Käsermann, Jürg Kämpf, Yves Greisler, Gabriela Bannwart, Annemarie Althaus-Zingg, Barbara Lüthi-Kohler, David Hirschi, Pascal Hebeisen, Simon Reusser, Viktoria Müller, Shana Kuster, Philipp Schärf, Marc Bracher, Beryll Veraguth, Tanja Blume, Miriam Hosner-Abbühl, Claudia Fankhauser, Christian Hedinger, René Marti, Jürg Grimm, Jonas von Allmen, Urs Wüthrich, Debra Marti, Walter Bangerter, Karin Karrer-Siegenthaler, Elias Maier, Hermann Dür, Carmen Baumeler, Beat Neuenschwander
Entschuldigt	Sybille Zingg Righetti, Adrian Merz, Mirjam Kalbermatten-Wüthrich
Stadtpräsident	Stefan Berger
Mitglieder des Gemeinderates	Theophil Bucher, Charlotte Gübeli, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Christoph Grimm, Peter von Arb
Entschuldigt	-

Stadtschreiber	Stefan Ghioldi
Auskunftspersonen	-
Protokoll	Brigitte Henzi

Traktanden:

- Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 17.6.2024	3
- Informationen der Stadtratspräsidentin	3
- Informationen aus dem Gemeinderat	4
- Orientierung GPK; Ergebnisprüfung	5
- Ersatzwahl Volksschulkommission	6
- Ernennung Revisionsstelle für Jahresrechnungen 2024-2027	6
- Auftrag Grüne Partei betreffend Baumschutz in Burgdorf	7
- Auftrag SP-Fraktion betreffend Überprüfung der Gebühren für Plastik – Abfallsäcke	9
- Überparteilicher Auftrag FDP-, GLP- und Mitte-Fraktion betreffend Aufnahme der Kulturhalle Sägegasse als regionale Kulturinstitution	10
- Postulat SP-Fraktion betreffend Einführungen von Massnahmen gegen invasive Neophyten	14
- Interpellation SVP/EDU-Fraktion betreffend im Unterhalt vernachlässigte Liegenschaften im Besitz der Stadt Burgdorf	15
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes	15

Appell

Der durch den Stimmenzähler Bangerter Walter durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 37 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

SRB: 2024-809 | Registratur-Nr. 1.7.1

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 17.6.2024

Verhandlung

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 17. Juni 2024.

SRB: 2024-810 | Registratur-Nr. 1.7.1

Informationen der Stadtratspräsidentin

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Vogt Anette begrüsst die Anwesenden zur fünften Sitzung im Jahr 2024. Im Speziellen begrüsst sie als neues Mitglied im SR Neuenschwander Beat und wünscht ihm viel Freude im Amt.

Die Vorsitzende informiert über die besuchten Anlässe. Am 21. Juni 2024 hat sie mit dem Stadtratsbüro die Stadt Uster besucht. Vor einem Jahr war die Stadt Uster bei uns in Burgdorf zu Besuch und jetzt haben wir die Gegeneinladung erhalten. Es war ein spannender Austausch. Obwohl die Stadt Uster viel grösser als Burgdorf ist, haben wir doch einige Parallelen wie zum Beispiel die Nähe zu einer grösseren und attraktiven Stadt und dem Wachstum. Am 23. Juni 2024 hat sie unverhofft am Zapfenstreich vor der Solätte mitgemacht. Am 27. Juni 2024 hat sie die Eröffnungsrede am Openair Cinété in Burgdorf gehalten. Am 20. August 2024 hat sie zusammen mit Stadtpräsident Berger Stefan den Gemeindepräsidentenanlass auf dem BLS-Schiff auf dem Thunersee besucht. Am 29. August 2024 hat sie zuerst das Sommerfest im Heks-Garten und dann das Kulturapéro besucht.

SRB: 2024-811 | Registratur-Nr. 1.7.1

Informationen aus dem Gemeinderat

Verhandlung

Gemeinderat Grimm Christoph informiert über das neue Kinder- und Jugendleitbild, welches dem SR an der heutigen Sitzung verteilt wurde. Man kann sich fragen, ob wir das Leitbild wirklich brauchen, weil mit der Schulsozialarbeit und Jugendarbeit bereits viel gemacht wird. In der Legislaturplanung 2021-2024 wurde die Überarbeitung des aus dem Jahre 2002 stammenden Jugendleitbildes festgelegt. Es hat sich seither sehr vieles verändert, nämlich die Rahmenbedingungen für Jugendliche und Kinder. Was aber gleichgeblieben ist, ist die kognitiven und körperlichen Entwicklungen der Kinder auf dem Weg zum Erwachsenwerden. Die Stadt Burgdorf hat mit der Gemeinde Oberburg zusammengearbeitet. Warum mit Oberburg? Mit Oberburg pflegt Burgdorf eine gute Zusammenarbeit und es war wichtig, dass wir nicht nur für Burgdorf ein solches Leitbild schaffen. Es ist in einem partizipativen Prozess entstanden. Es haben Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene, Vereine, Institutionen, Politik und Verwaltung mitgearbeitet. Das neue Leitbild ist in einem zweijährigen Prozess entstanden. Es ist also nicht nur für Kindern, sondern auch von Kindern mitgestaltet worden. Die Zielsetzung des Leitbildes ist die Orientierung für die Politik und die Verwaltung und die strategischen Entscheidungen im Interesse der nachfolgenden Generationen. Das Leitbild umfasst sechs Handlungsfelder und betrifft alle wichtigen Lebensbereiche wie Familie, Wohnumfeld, Schule und Freizeit. Der SR kann das Leitbild studieren und man hofft, dass es gefällt. Gemeinderat Grimm Christoph gefällt das neue Kinder- und Jugendleitbild. Als nächster Schritt erfolgt die Information der Bevölkerung via Herbstausgabe des Stadtmagazins. Zudem gilt es auch, die Legislaturplanung 2025-2028 miteinzubeziehen. Gemeinderat Grimm Christoph dankt im Speziellen Chen Nicole, Jugendbeauftragte, für ihr Engagement und die Koordination für das neue Leitbild. Man hofft, dass man wirklich für die Kinder und die Jugend etwas Gutes erarbeitet hat. Gemeinderat Grimm Christoph informiert zudem über den Auftrag des SR vom Mai 2022, das Sportkonzept zu überarbeiten. Es wurde ein Teilkonzept überarbeitet. Der Gemeinderat (GR) hat das Finanzierungskonzept, um welches es im Mai 2022 gegangen ist, im August 2024 verabschiedet. Es gibt ein paar Eckpfeiler. Die Jugendförderung wird ebenfalls wie gefordert einbezogen. Es werden junge Personen bis 21 Jahre gemäss J+S Richtlinien berücksichtigt. Zudem wurde auch der Auftrag umgesetzt, dass die städtischen Infrastrukturen möglichst gratis benützt werden können. Es gibt aber Ausnahmen, da wir sonst rund 1 Mio. Franken Mehrausgaben zu verzeichnen hätten, wenn wir Wasser, Eis und Rasen nach dem genau gleichen Modus bezahlen würden. Dort hat man einen anderen Modus gewählt. Somit hat der GR den Auftrag umgesetzt. Die Vereine werden an der kommenden Informationsveranstaltung der Sportkommission am Donnerstag informiert. Der SR hat zu dieser Informationsveranstaltung ebenfalls eine Einladung erhalten. An der Informationsveranstaltung wird dies nicht das Hauptthema sein, sondern lediglich kurz vorgestellt.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass am 9. September 2024 die Petition Ja zu den Lamas und Alpakas auf der Gsteigmatte Burgdorf eingereicht wurde. Man wird die Petition prüfen und an einer der nächsten Gemeinderatssitzungen nach den Herbstferien behandeln.

Gemeinderat Rappa Francesco nimmt Stellung zu den Berichten im Zusammenhang mit den Schwingfesten und der Schützematt. Die Schützematt ist nach den Schwingfesten nicht bis im nächsten Frühling gesperrt. Die breite Bevölkerung nutzt die Schützematt bereits wieder, sie ist lediglich für grosse Anlässe noch gesperrt. Das war so vorgesehen und soll an dieser Stelle nochmals klar deponiert werden.

SRB: 2024-812 | Registratur-Nr. 1.7.2

Orientierung GPK; Ergebnisprüfung

Verhandlung

Stadtrat Greisler Yves, namens der GPK, informiert über die Ergebnisprüfung vom 23. Mai 2024. Jede Gemeinde hat gemäss Artikel 121 der kantonalen Gemeindeverordnung ein Organ einzusetzen, das die Ergebnisse der Leistungs- und Wirkungsmessung nach NPM, also die wirkungsorientierte Steuerung der Stadtverwaltung, überprüft. In der Stadt Burgdorf wurde diese Aufgabe mit Artikel 36 Absatz 4 im Stadtratsreglement der GPK übertragen. Die Hauptaufgabe besteht darin, jährlich die Berichterstattung über die Zielerreichung zu überprüfen und den SR über das Prüfungsergebnis zu informieren. Die GPK hat im Rahmen der Ergebnisprüfung die Leistungs- und Wirkungsmessung sowie die wirkungsorientierte Verwaltungsführung überprüft. Es handelt sich dabei um eine Nachprüfung abgeschlossener Vorgänge. Es geht darum, zu überprüfen, ob Daten über Standards und Indikatoren richtig erhoben, zusammengestellt und kommentiert werden. Die Ergebnisse der GPK werden anschliessend in einem Bericht zusammengefasst. Zusätzlich zur standardisierten Überprüfung hat die GPK auch die Umsetzung der bisherigen Empfehlungen überprüft. Die Ergebnisprüfung erfolgte am 23. Mai 2024 in einer ganztägigen Veranstaltung. Die GPK hat wiederum drei Prüfteams gebildet und insgesamt sechs Produktgruppen in vier Verwaltungsabteilungen unter Beizug von Auskunftspersonen der Stadtverwaltung überprüft. Die GPK dankt der Verwaltung und den Auskunftspersonen für ihre Kooperationsbereitschaft. Der Ergebnisprüfungsbericht wurde erstellt. Auf einzelne Punkte betreffend mangelnde Umsetzung von früheren Empfehlungen wurde noch einmal hingewiesen und es wurden auch einzelne neue Empfehlungen gemacht. Ein zentrales Anliegen der GPK war und ist immer noch die direktionsübergreifende, prozessorientierte Denkweise und die Zusammenarbeit innerhalb der gesamten Stadtverwaltung. Hier wurden Fortschritte und Verbesserungen erzielt. Es ist wichtig und kann gerade im Hinblick auf anstehende Grossprojekte aber nur funktionieren, wenn bei allen diesbezüglich ein Umdenken stattfindet und alle direktionsübergreifend und lösungsorientiert zusammenarbeiten. Für die gesamte Stadtverwaltung empfiehlt die GPK, auch im vorherigen Zusammenhang mit dem Erlass einer direktionsübergreifenden Controlling-Definition und somit der Erstellung eines draufbasierenden Controlling-Konzepts für die einzelnen Produktgruppen. Sollte ein Controlling aus Sicht der Stadtverwaltung für einzelne Produktgruppen wenig Sinn machen, kann dies substantiiert begründet werden, weshalb man darauf verzichtet. Ebenfalls nicht zum ersten Mal empfiehlt die GPK einigen Produktgruppen die Überprüfung und gegebenenfalls auch die Streichung, Anpassung und oder eine Neudefinition von Wirkungs- und Leistungszielen respektive auch der Indikatoren. Diese machen nur dann Sinn, wenn sie wirklich Resultate erzielen, das heisst im Klartext, wenn die Wirkung respektive die Leistung der Arbeit der Mitarbeitenden aus der Verwaltung auch eine Verbesserung zugunsten der Bevölkerung bringt. Die eine oder andere Empfehlung wird dem SR bekannt vorkommen, auch einige Mitglieder der GPK sehen sich mit einem Déjà-vu konfrontiert. Konsternation wäre aber fehl am Platz, der GPK geht es viel mehr darum, dass diese Herausforderungen jetzt sinngemäss umgesetzt werden. Dies geschieht eben nur, wenn die eigene

Führungsverantwortung auf entsprechender Stufe wahrgenommen wird. Die GPK dankt noch einmal allen Beteiligten für die Zusammenarbeit.

SRB: 2024-813 | Registratur-Nr. 1.7.2
Ersatzwahl Volksschulkommission

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Vogt Anette teilt mit, dass Aeschbacher Cornelia ihre Demission aus der Volksschulkommission eingereicht hat. Als Nachfolgerin schlägt die SP Burgdorf Gasser Léa vor.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, dankt Aeschbacher Cornelia für ihren Einsatz in der Volksschulkommission. Die SP Burgdorf schlägt als Nachfolgerin Gasser Léa vor. Wer ihren Lebenslauf gelesen hat weiss, dass sie die nötigen Qualifikationen für den Einsatz in der Volksschulkommission mitbringt. Die SP-Fraktion dankt dem SR für die Wahl von Gasser Léa in die Volksschulkommission.

Abstimmung

1. Der Stadtrat wählt Léa Gasser, Sozialarbeiterin, Burgdorf, SP, als Mitglied der Volksschulkommission.
2. Mit dem weiteren Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 37 Ja Stimmen den Anträgen zu.

SRB: 2024-814 | Registratur-Nr. 3.4.6
Ernennung Revisionsstelle für Jahresrechnungen 2024-2027

Verhandlung

Es werden keine Bemerkungen gemacht

Abstimmung

1. Die BDO AG wird als Revisionsstelle für die Jahresrechnungen 2024-2027 der Stadt Burgdorf ernannt.
2. Mit dem weiteren Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

SRB: 2024-815 | Registratur-Nr. 1.7.1

Auftrag Grüne Partei betreffend Baumschutz in Burgdorf

Verhandlung

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtpräsident Berger Stefan dankt für den eingereichten Auftrag. Der GR schätzt und achtet, dass die Bäume für das Klima der Stadt Burgdorf, die Biodiversität und den Wasserhaushalt wichtig sind. Die Stadt Burgdorf tut bereits vieles zum Schutz der Bäume. Bei Neupflanzungen von Bäumen wird geschaut, dass man zusätzliche Bäume in den Stadtraum einbringen kann. Man ist sich auch der Aufgabe und Verantwortung bewusst und fördert dementsprechend die Pflanzung und der Schutz von Bäumen, beispielsweise bei Arealentwicklungen. Damit wir den Schutz der Bäume auch in Zukunft optimal erbringen können, will man keinen so engen Wortlaut wie er vorliegt. Der GR möchte einen offenen Wortlaut, der beispielsweise auch die Revision des Naturschutzgesetzes berücksichtigt. Der GR will mit anderen Gemeinden schauen und eine Evaluation durchführen, um herauszufinden, was gut ist, was schlecht ist und was sich bewährt hat. Die Stadt Burgdorf möchte damit einen optimalen Schutz der Bäume erreichen. Der GR ist bereit, den Auftrag mit dem abgeänderten Wortlaut anzunehmen. Innerhalb der Erfüllungsfrist kann eine Auslegeordnung gemacht werden und dem SR das beste und wirkungsvollste Modell zum Schutz der Bäume vorgelegt werden. Der GR dankt für die Überweisung des abgeänderten Wortlautes.

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass die im online Tool gestellte Frage von Stadtpräsident Berger gut beantwortet und richtig erläutert wurde. In diesem Sinn wird der eigene Wortlaut geändert und das Baureglement gestrichen. Der angepasste eigene Wortlaut will man beibehalten, weil die Instrumente offenbleiben sollen. Man hat auch so genügend Spielraum. Man weiss ganz genau, dass der Baumschutz etwas vom Wichtigsten ist, um in die Klimaphase reinzukommen. Der Baum überdauert uns alle. Jeder gepflanzte Baum wird älter als wir, wenn wir dazu Sorge tragen. Es geht nicht um jeden einzelnen Baum, der steht, sondern dass die schützenswerten, alten und schönen Bäume nicht kaputtgemacht werden. Es muss auch auf den privaten Arealen einen Schutz geben, weil die grossen, alten und schönen Bäumen genauso wichtig sind. Es gibt verschiedene Gemeinden, die das Praktizieren und damit sehr gut gefahren sind. Deshalb will man den Auftrag aufrechterhalten, aber wie bereits erwähnt das Baureglement im Wortlaut streichen. Der geänderte Wortlaut muss dem des GR gegenübergestellt werden. Der Wortlaut des GR geht auch, aber man will einen griffigen Baumschutz. Man hofft, dass man auch von bürgerlicher Seite die eine oder andere Person für einen Baumschutz begeistern kann, weil es für die Zukunft wichtig ist. Die Verwaltung hat immer noch genügend Spielraum, um gute und griffige Instrumente zu erarbeiten.

Änderungsantrag Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, über ein zu schaffendes Inventar die schutzwürdigen Bäume im Siedlungsgebiet zu erfassen, ihren Erhalt durch präventive Massnahmen zu fördern und mittels geeigneter Schutzbestimmungen ~~im Baureglement~~ ihren Fortbestand inkl. Ersatzpflichten zu sichern. Der Auftrag bezieht sich auf öffentliche Flächen wie auch auf Privatareal.

Stadträtin Veraguth Beryll, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass sich vielleicht ein paar Leute fragen, weshalb wir heute angesichts der bevorstehenden Wahlen über Bäume diskutieren. Wer so denkt, sollte vielleicht die zwei Wörter Bäume und Vorteile googlen. Da kommt nämlich spannendes heraus. Beim ersten heisst es, dass durch Photosynthese Bäume die Staubsauger unseres Planeten

sind, sie absorbieren schädliche Schadstoffe und geben selbst einen Sauerstoff zum Atmen ab. Ein Baum hat die Fähigkeit, schädliche Gase wie Kohlendioxid zu entfernen, wodurch die Luft, die wir atmen, gesünder wird. Es geht also nicht nur um Bäume, sondern um das ganze Ökosystem, das letztlich wichtige Leistungen für unser Leben hier auf dem Planeten vollbringt. Jetzt kann es sein, dass ein solcher Baum irgendwo im Weg steht, dass wir ihn fällen und anderswo wieder pflanzen können. Hier zeigen die Forschungsergebnisse ganz klar, dass für einen alten Baum mehrere Dutzende neue Bäume gepflanzt werden müssen, damit die gleichen Ökoleistungen wieder hergestellt werden. Deshalb braucht es klare Schutzbestimmungen auch für die alten Bäume, denn ihr Wert ist unermesslich. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint die geänderte Formulierung des GR ein wenig zurückhaltend und vielleicht irgendwo ein wenig willenslos. Die EVP-Fraktion anerkennt die bisherigen Bemühungen und Massnahmen der Gemeinde in Bezug auf den Baumbestand in Burgdorf, trotzdem braucht es eine gezielte Schutzbestimmung, die den Erhalt der alten Bäume garantiert, vor allem deshalb, weil der Mensch sich oft in den Vordergrund stellt, wenn es um seine eigenen Interessen geht und dabei manchmal nicht merkt, was er kaputt macht. Die EVP-Fraktion ist auch der Meinung, dass das Baureglement ein geeignetes Instrument wäre. Man schliesst sich aber der Grüne-Fraktion an und unterstützt den Änderungsantrag. Die EVP-Fraktion plädiert in diesem Fall aus den oben genannten Gründen für die Annahme des Auftrages.

Stadtrat Hebeisen Pascal, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man den Wortlaut der Grüne-Fraktion unterstützt. Man ist der Meinung, dass durch den Erfahrungsaustausch mit anderen Gemeinden noch nicht wirklich Baumschutz betrieben wurde und es somit wirklich richtige Massnahmen braucht.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man beschlossen hat, den Antrag des GR zu unterstützen und in Bezug auf den abgeänderten Wortlaut der Grüne-Fraktion tendiert man eher zur Stimmfreigabe. Aus persönlicher Sicht kann Stadtrat von Känel Ulrich nachvollziehen, dass das Baureglement im Wortlaut gestrichen wird. Es ist jedoch nicht klar, wo sonst die Schutzbestimmungen niedergeschrieben werden sollen, wenn nicht im Baureglement. Aus diesem Grund plädiert Stadtrat von Känel Ulrich etwas spontan innerhalb der Fraktion, sich dem Antrag des GR anzuschliessen. Die GLP-Fraktion hat jedoch tendenziell Stimmfreigabe beschlossen.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass man nach reger Diskussion zum Schluss kommt, den abgeänderten Wortlaut des GR zu unterstützen. Grundsätzlich ist man der Ansicht, dass mit einem Baumschutzreglement keine Eigentumsrechte auf privaten Grundstücken eingeschränkt oder verletzt werden sollen. Ein allzu enges Baumschutzreglement könnte sogar eine kontraproduktive Wirkung haben, sodass Bäume vorsichtshalber frühzeitig gefällt werden würden, eben gerade, weil man sich als Privateigentümer nicht reinreden lassen möchte, was man auch sehr gut nachvollziehen kann. Man ist der Meinung, dass Burgdorf in der Vergangenheit mit dem städtischen Baumbestand vorsichtig und gut umgegangen ist und die Weichen für den zukünftigen Umgang gestellt sind. Dabei spricht man die Klimavision 30 an. Es ist auch nachvollziehbar, dass Bäume manchmal gefällt werden müssen, sei es aus sicherheitstechnischen Gründen oder weil sie eben wegen eines Bauprojektes im Weg stehen können. In solchen Fällen wurden immer Ersatzpflanzungen gemacht. Es ist auch nicht richtig, nur über Schutz zu sprechen. Im Reglement sollte auch die Pflege und die Nutzung berücksichtigt werden. Betreffend der Nutzung wird darauf hingewiesen, dass wenn von der Stadt Burgdorf Obstbäume gepflanzt werden irgendwann mal auch Früchte wachsen. Diese dann vor Ort verfaulen lassen, ist dann auch sehr fraglich. Ein Baum ist sehr schnell gepflanzt, aber welcher Standort angepasst ist, erfordert dann doch noch ein bisschen mehr Überlegungen. Wie eingangs bereits angesprochen, wird der Wortlaut des GR unterstützt, damit ein praktikabler Vorschlag, mit dem dann auch die Vorgaben des Naturschutzgesetzes, die jetzt gerade aktuell in der Vernehmlassung sind, gut eingearbeitet und berücksichtigt werden können. Gesamthaft

kommt man aber zum Schluss, dass oftmals eine Überregulierung eben auch das gewünschte Ziel verfehlen kann.

Abstimmung

abgeänderter Wortlaut Auftrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, über ein zu schaffendes Inventar die schutzwürdigen Bäume im Siedlungsgebiet zu erfassen, ihren Erhalt durch präventive Massnahmen zu fördern und mittels geeigneter Schutzbestimmungen ihren Fortbestand inkl. Ersatzpflichten zu sichern. Der Auftrag bezieht sich auf öffentliche Flächen wie auch auf Privatareal.

Wortlaut GR

Der Gemeinderat wird beauftragt, den Erfahrungsaustausch mit anderen Städten zu suchen und basierend darauf mögliche Instrumente für den Baumschutz auszuarbeiten.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 19 zu 18 Stimmen dem abgeänderten Wortlaut des Auftrages zu.

Abstimmung

Annahme Auftrag mit geändertem Wortlaut

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 19 Ja zu 18 Nein Stimmen dem Antrag zu.

SRB: 2024-816 | Registratur-Nr. 1.7.1

Auftrag SP-Fraktion betreffend Überprüfung der Gebühren für Plastik – Abfallsäcke

Verhandlung

Seitens der GPK und des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Schaffer Manfred, namens der SP-Fraktion, dankt der Verwaltung für die Ausarbeitung der Stellungnahme. Man ist etwas enttäuscht, dass der eingebrachte Vorschlag mit keinem Wort erwähnt ist. Es stehen noch einige Fragezeichen dahinter und die Antwort des GR ist nicht befriedigend.

Gemeinderat Rappa Francesco wartet noch auf die Voten der anderen Fraktion. Es ist jedoch etwas speziell, wenn der Auftrag vom GR angenommen wird und das noch in Frage gestellt wird.

Stadtrat Reusser Simon, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass es speziell ist, dass der GR in seiner Antwort ausführt, dass es eine neue Organisation geben wird und man deshalb abwarten will. Man erhofft sich durch den Wettbewerb, dass sich auch die Preise zum positiven entwickeln. Der GR plädiert in seiner Antwort abzuwarten, anstatt die Preise zu senken, sowie auf Annahme des Auftrages. Die Annahme des Auftrages ist ein wenig widersprüchlich. Die Grüne-Fraktion folgt aber gerne dem Antrag des GR und wird für die Annahme des Auftrages stimmen.

Gemeinderat Rappa Francesco ist wirklich irritiert. Der GR ist bereit, den Auftrag anzunehmen und das heisst, der Auftrag wird wie formuliert angenommen und umgesetzt. Wenn das jetzt in Frage gestellt

wird, stellt sich die Frage, was das soll. Wenn der GR die Abschreibung beantragt hätte, wären die Voten verständlich. Der GR ist bereit den Auftrag anzunehmen.

Stadtrat Reusser Simon, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass es im Auftrag heisst, dass die Sammelsäcke für Plastik zu einem günstigeren Preis abgegeben werden sollen. In der Beantwortung steht, dass man einen zweiten Kunststoffsammler begrüsst und man hofft, dass durch den Wettbewerb die Preise für Sammelsäcke sinken werden. Eine Konzession für RecyPac wird man zu gegebener Zeit ausstellen. Sobald nähere Details vorliegen, wird man mit der Überprüfung der Gebühren für die Plastiksammelsäcke beginnen. Dies wird nicht so verstanden, dass die Preise gesenkt werden, sondern dass man es anschauen wird.

Gemeinderat Rappa Francesco will nicht Massregeln, aber der Auftrag ist formuliert mit Überprüfung der Gebühren für Plastikabfallsäcke. Das wird gemacht.

Stadtrat Maier Elias, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass die Plastiksäcke in mehreren Gemeinden gekauft werden können. Wenn Burgdorf diese günstiger anbietet, werden viele diese in Burgdorf einkaufen. Das kann definitiv nicht das Ziel sein. Der GR hat den richtigen Weg vorgeschlagen, deshalb wird der Auftrag angenommen.

Stadtrat Schaffer Manfred, namens der SP-Fraktion, präzisiert, dass man einen Vorschlag gemacht hat, wie man es machen könnte und wo es clever wäre. Man hat nichts Neues erfunden, denn wir haben es bereits bei den Abfallsäcken so gemacht. Deshalb hat man die Anmerkung gemacht.

Abstimmung

Annahme des Auftrags.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 33 Ja Stimmen und 4 Enthaltungen dem Antrag zu.

SRB: 2024-817 | Registratur-Nr. 1.7.1

Überparteilicher Auftrag FDP-, GLP- und Mitte-Fraktion betreffend Aufnahme der Kulturhalle Sägegasse als regionale Kulturinstitution

Verhandlung

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtpäsident Berger Stefan dankt für den Auftrag betreffend der Kulturhalle. Es ist erfreulich, dass dieser Auftrag von bürgerlicher Seite eingereicht wurde. Das zeigt auch das Interesse an der Kultur in Burgdorf und am vielfältigen Kulturangebot. Der Auftrag hat Richtliniencharakter. Der GR kann die Kulturinstitutionen nicht auf diese Liste bringen, sondern höchstens dem Kanton einen Antrag stellen, der über die Regionalkonferenz mit den 39 Gemeinden laufen muss. Der Regierungsrat entscheidet schlussendlich, ob die Kulturhalle auf die Liste der geförderten oder der regional bedeutenden Kulturinstitutionen kommt. Zur Geschichte der Kulturhalle wird nicht näher eingegangen, diese ist bekannt und kann in der Stadtratsvorlage nachgelesen werden. Die Kulturhalle verzeichnet heute viel Erfolg. Stadtpäsident Berger Stefan informiert über die Bedeutung der regionalen Kulturinstitutionen und der Tripartitenfinanzierung. In der Stadtratsvorlage auf der Seite 4 sind die Bedingungen

aufgeführt, welche für die Anerkennung als regionale Kulturinstitution nötig sind. Es sind vier Bedingungen enthalten, damit eine tripartite Finanzierung möglich ist. Von den vier Punkten erfüllt die Kulturhalle drei davon. Beim Punkt 2 müsste man genau hinschauen oder die Regionalkonferenz muss bewerten, wie professionell die Standards eingehalten werden. Was heisst tripartite Finanzierung? Das heisst nicht, dass die Kulturinstitutionen mehr Geld erhalten, sondern dass das Geld oder die Mittel, auf drei Parteien aufgeteilt werden. Fünfzig Prozent von der Standortgemeinde, zehn Prozent von der Regionalkonferenz und 40 Prozent vom Kanton. Wenn wir eine zusätzliche Institution im Emmental auf die Liste bringen, heisst das nicht, dass es für die acht, die bereits auf der Liste sind, zusätzlich mehr Mittel gibt. Wenn eine achte Institution auf der Liste ist, kann es sein, dass es für die sieben anderen weniger Mittel gibt, je nachdem wie viel der Kanton spricht. Man hat erst jetzt die neuen Leistungsverträge verhandelt. Man hat dabei gemerkt, dass der Kanton einen Überfluss an Geldmangel hat. Das merkt man auch in der Kulturförderung. Man hat nicht die Mittel erhalten, die man eigentlich gerne gehabt hätte oder die Institutionen ausgewiesenermassen gebraucht hätte, um sich auch entsprechend weiterzuentwickeln. Die Kulturhalle können wir mit unseren Kulturgeldern fördern. Wir können auch Programmbeiträge sprechen, die nachher beispielsweise auch vom Kanton unterstützt werden. Das ist nach Meinung des GR der schnellere Weg, damit die Kulturhalle finanziell unterstützt werden kann. Programmbeiträge werden beispielsweise auch an das Maison Pierre ausgerichtet. Kopse Dagmar, Kulturbeauftragte, ist im regen Austausch, was man verbessern kann, um die entsprechenden Mittel abzuholen. Man hat bereits einmal darüber diskutiert, die Kulturhalle auf die Liste zu bringen. Man ist jedoch zum Schluss gekommen, dass man es in dieser Leistungsvertragsperiode nicht machen will. Der GR ist jedoch bereit, die ganze Situation der Kulturhalle zu analysieren und mit den Verantwortlichen der Kulturhalle zu diskutieren. Gemeinderat Grimm Christoph ist im Vorstand der Kulturhalle. Gemeinsam wird man das Gespräch suchen, um die Finanzierung zu optimieren, damit genügend Mittel bereitgestellt werden können. Die Kulturhalle soll sich weiterentwickeln können, damit die Angestellten der Kulturhalle entsprechend leben können, aber es wird praktisch alles durch freiwillige Arbeit geleistet. Aus den dargelegten Gründen lehnt der GR den Auftrag ab. Der GR verspricht aber, das Gespräch mit der Kulturhalle zu suchen, um zu schauen, wie wir diese besser fördern können. Eine tripartite Förderung im Rahmen einer Leistungsvereinbarung mit der Regionalkonferenz und dem Kanton sieht man nicht. Der abgeänderte Auftrag wird auch abgelehnt. Es ändert an der Tatsache und am System nichts. Es wäre falsch, der Kulturhalle die Hoffnung zu machen, dass sie auf die Liste kommen. Das Emmental wird nicht mehr Mittel erhalten, damit ein wirklich substanzieller Betrag geleistet werden kann. Der GR ist gespannt auf die Diskussion.

Stadtrat Maier Elias, namens der einreichenden Parteien, teilt mit, dass der Auftrag angepasst und präzisiert wurde. Es war klar, dass die Periode von 2029 gemeint war. Man geht davon aus, dass der GR ein wenig an den Auftraggebenden vorbeischiebt, aber vermutlich das gleiche Interesse hat. Die Kulturhalle leistet unglaublich tolle Arbeit und es steckt viel freiwillige Arbeit dahinter, was grossartig ist. Auch das Programm ist grossartig. Beim Auftrag geht es aber auch um die langfristige finanzielle Sicherung der Kulturhalle und die Verankerung der Kulturhalle als regionale Kulturinstitution. Letztlich geht es aber auch um die Stadtfinanzen. Mit der Aufnahme der Kulturhalle als regionale Kulturinstitution könnten Teile der Zentrumslasten oder in diesem Fall die bestehenden Kosten der Kulturhalle auf andere Emmentaler Gemeinden und den Kanton abgewälzt werden. Die angesprochene tripartite Finanzierung entlastet die Stadtkasse und ermöglicht, andere kulturelle Anlässe oder Tätigkeiten zu unterstützen. In der Stellungnahme steht beispielsweise auch, dass es darum ginge, eine Kulturinstitution gemäss der kantonalen Kulturförderungsverordnung zu bezeichnen. Das steht im Auftrag nirgends drin und wird auch nicht gefordert. Im Auftrag steht im Wortlaut, der GR solle Gespräche führen, was bereits passiert, sowohl mit der Kulturhalle als auch bei der Regionalkonferenz. Es sollen die nötigen Schritte unternommen werden, dass die Kulturhalle eine

regionale Kulturinstitution wird. Dazu muss die Stadt Burgdorf dies bei der Regionalkonferenz entsprechend einbringen. Dies ist dann sehr wohl auch im Zuständigkeitsgebiet des GR. Zudem stimmt auch nicht alles, was in der gemeinderätlichen Antwort steht wie zum Beispiel, dass zum heutigen Zeitpunkt die Mitfinanzierung des Kantons bei der Kulturhalle eher unwahrscheinlich ist. Stadtrat Maier Elias hatte heute die Gelegenheit nochmals Rücksprache mit der zuständigen Person beim Kanton zu nehmen, die für die regionalen Kulturinstitutionen im Emmental und Oberaargau zuständig ist. Der Kanton Bern müsste das entsprechende Gesuch logischerweise sicher prüfen, und es ist noch keine Zusage, aber gemäss Auskunftsperson erfüllt die Kulturhalle sämtliche Anforderungen gemäss der kantonalen Kulturförderung. Die Aussage, dass es unwahrscheinlich sei, stimme so definitiv nicht. Die Kulturhalle hat sich mittlerweile etabliert und wird regional geschätzt. Die vier in der Antwort genannten Punkte sind erfüllt. Es finden zahlreiche kulturelle Anlässe in verschiedenen Sparten statt. Zudem muss der jährliche Betriebsbetrag einer Gemeinde mindestens Fr. 30'000.-- betragen. Auch dies ist bei der Vorgabe bei Weitem erfüllt. Der Mieterlass von Fr. 85'000.-- wird nämlich auch dazu gerechnet. Leider stand das in der Antwort nirgends. Wie hoch der effektive Betrag wäre, müsste man mit der Kulturhalle anschauen. Mit den 40 Prozent des Kantons und den 10 Prozent der Gemeinden würde die Stadt Burgdorf ganz sicher finanziell entlastet. Der heutige Betriebsbetrag der Stadt Burgdorf ist beispielsweise höher als der Betrag den ein Krämerhaus in Langenthal, das «Chüechlihus» in Langnau oder das Kreuz in Herzogenbuchsee von ihrer Gemeinde erhalten. Die professionellen Strukturen müssten gemäss der Antwort auch angeschaut werden. Mit den 80 Stellenprozenten muss man sich aber auch da nicht verstecken. Auch da gibt es diverse andere geförderte Kulturinstitutionen, die weniger professionelle Strukturen haben und weniger professionalisiert sind. Natürlich wird die Aufnahme einer zusätzlichen Kulturinstitution in einer Regionalkonferenz nicht nur auf Gegenliebe stossen, aber wenn wir letztlich den Beitrag anschauen, ist es für eine kleine Gemeinde vielleicht Fr. 50.-- bis 200.-- und für eine grössere vielleicht Fr. 500.--. Es ist nicht anzunehmen, dass man sich gegen Burgdorf wehren wird, vor allem auch, weil der Gesamtkulturförderungsbetrag für die Emmentaler Gemeinden auch dank der Kulturförderung der Burgergemeinde Burgdorf vorteilhaft ist und so auch zusätzliche kantonale Mittel ins Emmental fliessen könnten. Und noch etwas zum Richtigstellen. Eine zusätzliche Kulturinstitution im Emmental wird nicht zu einer Kürzung der anderen Kulturinstitution führen. Das hat der Kanton bestätigt. Es sei ein Mythos, der leider immer wieder fälschlicherweise zitiert werde. Es sei wegen einer zusätzlichen Institution noch nie zu einer Kürzung oder gar Streichung einer anderen gekommen. Das Emmental hätte durchaus zusätzlichen Platz für eine weitere Institution. In die Stadt Bern fliesst auch viel Geld. Mit dem jährlichen Reportinggespräch gibt es sicher einen gewissen Aufwand. Vielleicht ist das auch ein wenig der Grund, weshalb man es nicht will. Aus seiner früheren Tätigkeit als Sekretär des Gemeindeverbands Kulturförderung des Oberaargaus kann Stadtrat Maier Elias bestätigen, dass diese Gespräche sehr wertvoll sind und auch geschätzt werden. Dank der kritischen Fragen kann man sich auch laufend verbessern. Wir haben eine grossartige Kulturhalle von Jungen für Junge, das dank toller Arbeit für die junge Generation etwas macht. Burgdorf und auch die Bürgerlichen sagten ja zu diesen 1.6 Mio. Franken für die Kulturhalle. Deshalb wäre es schade, wenn wir diese Chance vergeben und die Kulturhalle jetzt nicht nachhaltig unterstützen und fairer finanzieren würden. Deshalb soll der SR Ja sagen, damit die Aufnahme der Kulturhalle auf die Liste zumindest geprüft und die entsprechenden Massnahmen eingeleitet werden. Wenn man dann noch zu einem anderen Schluss käme und die Kulturhalle überhaupt nicht will, könnte man den Auftrag immer noch mit der entsprechenden Begründung abschreiben. Eine Ablehnung zum jetzigen Zeitpunkt, so wie der GR das fordert, wäre so zu verstehen, dass man die Kulturhalle bis 2033 nicht als regionale Kulturinstitution will und so auf etwa Fr. 170'000.-- von Kanton und Regionalkonferenz verzichtet. Weil der Auftrag vielleicht von den falschen Parteien kommt, wegen des administrativen Aufwandes oder weil die Stadt zu viel Geld hat, wäre es auf alle Fälle eine verpasste Chance für Burgdorf und das Emmental. Deshalb soll der Auftrag nicht abgeschrieben werden. Der SR soll Ja zur Kulturhalle Burgdorf sagen.

Stadtpräsident Berger Stefan dankt für das engagierte Votum. Vieles im Votum kann unterstützt werden, aber es gibt gewisse Dinge, die falsch sind. Die letzten Diskussionen mit den Gemeinden haben gezeigt, dass es viel Überzeugungsarbeit braucht, damit die Gemeinden mitmachen. Es geht um 10 Rappen mehr pro Einwohner für die Kultur. Bei den Beträgen beim "Chüechlihus" zum Beispiel sind die Rechnungen oder die Beträge, die von der tripartiten Leistungsverträgen stammen, ersichtlich. Was die Gemeinde Langnau zusätzlich an Mittel einfließen lässt, ist nicht ersichtlich. Es geht um einen hohen sechsstelligen Betrag. Es werden die falschen Dinge miteinander verglichen. Der GR ist auch im Kontakt mit dem Kanton und man pflegt einen guten Kontakt. Man hat eventuell andere Informationen. Bis jetzt ist eine Kürzung der Beiträge noch nicht vorgekommen, aber irgendwann wird es vorkommen.

Stadtrat Maier Elias, namens der einreichenden Parteien, teilt mit, dass die einzige Hürde sicher bei der Regionalkonferenz liegen würde. Der Kanton hat definitiv bestätigt, dass man es anschauen würde und Stand heute würden sämtliche Bedingungen erfüllt.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass zwischen dem Jahr 2000 und 2014 der Wunsch nach einer Jugendinstitution in Burgdorf vorhanden war. Im Jahr 2013 kam der Ball endlich einmal ins Rollen mit einer Machbarkeitsstudie. Im Jahr 2016 wurde endlich der Investitionskredit gesprochen. Im Jahr 2018 wurde die Kulturhalle eröffnet. Zwei Jahre später musste die Kulturhalle wegen Corona schliessen und konnte im Jahr 2022 wieder öffnen. Der Betrieb der Kulturhalle konnte noch nicht zwei Jahre am Stück arbeiten. Jetzt liegt ein Auftrag von drei Parteien vor, von denen garantiert zwei Drittel noch nie in der Kulturhalle waren. Es werden Forderungen gestellt, dass die Kulturhalle als regionale Kulturinstitution aufgenommen werden soll. Der Auftrag erfolgte, ohne einmal mit den Zuständigen der Kulturhalle gesprochen zu haben. Es sind drei Leute in der Betriebsleitung angestellt, die sich 80 Stellenprozent teilen. Sie wussten von diesem Auftrag nichts. Man hat es entweder aus den Medien oder von sonst irgendwo gehört. Man hätte in der Kulturhalle anrufen können. An der heutigen Sitzung sind zwei Vertreter des Trägervereins der Kulturhalle anwesend. Man hätte im Vorstand des Trägervereins der Kulturhalle nachfragen können, wie die Situation aussieht und ob es die Kulturhalle überhaupt möchte sowie ob Ambitionen dafür vorhanden sind. Will es die Stadt Burgdorf überhaupt? Der Austausch ist da und man ist froh darüber. Der GR hat zwei Sitze im Vorstand. Die Kulturhalle wünscht sich, auch in Zukunft bestehen zu können und dass man sich einmal ein Putzfahrzeug leisten kann, das dringend nötig wäre für den Betriebsunterhalt. Man will sich auch keine Sorgen machen müssen um das Geld. Diese Probleme lösen wir nicht. Mit der Forderung, die Kulturhalle als regionale Kulturinstitution aufzunehmen, lösen wir diese Probleme nicht. Allen, die wirklich etwas für die Kulturhalle tun möchten, es werden immer wieder freiwillige Helfer gesucht und man kann sich einmal für eine Arbeitsschicht anmelden.

Abstimmung

Ablehnung des Auftrags.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt mit 18 Ja und 19 Nein Stimmen den Antrag ab.

SRB: 2024-818 | Registratur-Nr. 1.7.1

Postulat SP-Fraktion betreffend Einführungen von Massnahmen gegen invasive Neophyten

Verhandlung

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadträtin Karrer-Siegenthaler Karin, namens der SP-Fraktion, dankt dem GR für die Stellungnahme zum Postulat. Man kann die genannten Punkte, die gegen den Neophytensammelsack sprechen, nachvollziehen. Dass die invasiven Neophyten im Stadtbauamt direkt im Ghüderwagen entsorgt werden können, ist eine gute Sache. Ebenfalls werden die Rundgänge begrüsst, wie sie bereits im Jahr 2022 für die Bevölkerung stattgefunden haben. Die Fachberichte in Zeitschriften wie das Stadtmagazin und der BZ sind eine gute Sache. Man sieht jedoch noch mehr Potenzial für die Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung. Man denkt beispielsweise an Inserate und Plakate, denn es gilt die Pflanzen zu erkennen und sie auch richtig zu entsorgen. Deshalb ist man dafür, dass man in Sachen Aufklärung dies noch breiter abstützt. In diesem Sinn ist die SP-Fraktion mit der Annahme und gleichzeitigen Abschreibung einverstanden.

Stadtrat Hedinger Christian, als Botaniker und Mitglied im Vorstand von Pro Natura Emmental, bestätigt, dass die Antwort des GR korrekt ist. Man war schon verschiedentlich mit der Bauverwaltung zusammen gewesen und konnte diverse Probleme lösen. Pro Natura hat zusammen mit Birdlife Burgdorf und Umgebung, also mit dem Vogelschutz, eine Neophytengruppe, wo verschiedene Leute regelmässig Neophyten jäten. Das Angebot steht der Bevölkerung und der Stadtverwaltung Burgdorf zur Verfügung. Auf dem Stadtgebiet hat es sehr viele Neophyten, die nicht gejätet werden. Es wäre gut, wenn die Stadt Burgdorf auf den eigenen Flächen ein bisschen besser schauen würde. Die Neophytengruppe hilft mit. Man ist mit der Antwort des GR einverstanden.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass man die Vorlage auch studiert hat. Die jetzige Regelung, dass man die Neophyten direkt bei der Sammelstelle entsorgen kann, hat drei Eigenschaften. Erstens ist es sehr praktisch geregelt. Zweitens ist es kostengünstig geregelt, weil keine neuen Säcke hergestellt werden müssen und es kann nicht versteckt Haushaltsabfall entsorgt werden. Drittens ist es ökologisch und ressourcenschonend, weil keine neuen Säcke gedruckt beziehungsweise hergestellt und entsorgt werden müssen. Man ist deshalb der Auffassung, dass die jetzige Regelung gut ist. Die SVP-EDU-Fraktion unterstützt die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulates gemäss Antrag des GR.

Abstimmung

Annahme und gleichzeitige Abschreibung.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 32 Ja und 5 Nein Stimmen dem Antrag zu.

SRB: 2024-819 | Registratur-Nr. 1.7.1

Interpellation SVP/EDU-Fraktion betreffend im Unterhalt vernachlässigte Liegenschaften im Besitz der Stadt Burgdorf

Verhandlung

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara, namens der SVP-EDU-Fraktion, dankt für die Antworten. Die Fragen sind beantwortet und man erklärt sich damit befriedigt. Man wartet jetzt gespannt auf die Immobilienstrategie, welche schon seit längerer Zeit versprochen wurde. Man ist froh, wenn diese endlich vorliegt.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2024-820 | Registratur-Nr. 1.7.1

Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlung

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag Grüne Partei betreffend bauliche Verdichtung und Biodiversität
- Motion Grüne Partei betreffend Tempo 30 auf Abschnitten der Kantonsstrasse
- Interpellation Grünliberale Partei Burgdorf betreffend App der Stadt Burgdorf
- Interpellation Grünliberale Partei Burgdorf betreffend Baubewilligung Solaranlagen bei Bedenken des Denkmalschutzes

Stadträtin Baumeler-Stoll Carmen, namens der Bürgerlichen, teilt mit, dass beim Betrachten der Website von RGM, der SP, Grüne und EVP, die offiziellen Bilder aus der Klimavision der Stadt Burgdorf, der Vision 2025 und der Schulraumentwicklung ins Auge springen. Es stellt sich deshalb die Frage nach den Rechten bei der Verwendung der Bilder. Sind die Bilder urheberrechtlich geschützt? Die Website heisst Burgdorf geht voran.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass die Frage beziehungsweise die Urheberrechte abgeklärt werden muss. Die Beantwortung der Frage wird so rasch als möglich erfolgen.

Stadträtin Bannwart Gabriela möchte wissen, ob der der Termin für den Stadtratsausflug bekannt ist.

Stadtrat Maier Elias, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass der Stadtratsausflug in den Wald führen wird. Das genaue Datum wird noch mit Henzi Brigitte abgeklärt und so schnell wie möglich bekanntgegeben.

Stadtratspräsidentin Vogt Anette teilt mit, dass im Hotel Stadthaus für den Schlummertrunk reserviert ist.

Burgdorf, 9. Oktober 2024

Namens des Stadtrates



Anette Vogt
Stadtratspräsidentin



Brigitte Henzi
Protokollführerin